

RASINGER: DOPPELT SO VIELE PATIENTEN IN AMBULANZEN WIE BEI DEN NIEDERGELASSENEN ÄRZTEN Forderung der Landesräte und der Ärzte, Bürokratie zu beseitigen, wurde vollinhaltlich entsprochen

Wien, 28. März 2001 (ÖVP-PK) Amulanzgebühren sind deshalb wichtig, weil in den letzten zehn Jahren die Ambulanzen einen um 50 Prozent höheren Zulauf aufweisen. Bei den niedergelassenen Praktikern und Fachärzten betrug dieser 24 Prozent. Dieser Trend, dass doppelt so viele Patienten die Ambulanzen besuchen, ist wirtschaftlich unsinnig: Ein durchschnittlicher Betreuungsfall kostet beim praktischen Arzt für drei Monate 500 Schilling, beim Facharzt 650 Schilling und in einer Spitalsambulanz stattliche 2.200 Schilling. Das sagte heute, Mittwoch, ÖVP-Gesundheitssprecher Abg. Dr. Erwin Rasinger. Er erinnerte daran, dass die meisten Länder Europas versuchen, über ein "Gate keeping-System" die Patienten zum niedergelassenen Hausarzt bzw. zum Facharzt umzuleiten. ****

Zur heutigen Kritik von SPÖ-Klubobmann Peter Kostelka stellte Rasinger fest: "Bereits der ehemalige Gesundheitsstadtrat und jetzige Finanzstadtrat Sepp Rieder und Ex-Finanzminister Rudolf Edlinger haben 1995 Ambulanzgebühren in der Höhe von 200 bis 300 Schilling als Steuerungselement gefordert."

Die Kritik Kostelkas, die Abrechnung der Ambulanzgebühr schaffe ein "Bürokratiemonster", gehe voll ins Leere, so Rasinger. ÖVP und FPÖ seien der Kritik der Landesräte und der Ärzteschaft vollinhaltlich gefolgt. Diese kritisierten die Bürokratie, welche die vielen gut gemeinten Ausnahmen verursacht haben. "Die Ärzte sind nunmehr von jeglicher Bürokratie befreit und haben mit der Ambulanzgebühr überhaupt nichts mehr zu tun", so Rasinger. Die Spitäler hätten keinerlei zusätzliche Bürokratie, weil sie schon jetzt den Krankenkassen die Ambulanzfälle melden müssen.

Schon jetzt gebe es eine Fülle von Selbstbehalten, die unter der Verantwortung von SPÖ-Gesundheitsministern eingeführt wurden. "Diese machen insgesamt elf Milliarden Schilling pro Jahr aus und halten damit das Gesundheitswesen finanzierbar. Das Gesundheitswesen hat im Jahr 2000 insgesamt 221 Milliarden Schilling gekostet, wobei die Krankenkassen rund 140 Milliarden Schilling beitrugen. Es ist daher klar, dass Selbstbehalte nur einen kleinen Teil der Gesamtgesundheitskosten tragen können und auch sollen. Die SPÖ-

Gesundheitsminister haben - zumindest solange sie die Verantwortung trugen - erkannt, dass ohne sozial verträgliche Selbstbehalte dramatische Leistungskürzungen vorgenommen hätten werden müssen", so der Abgeordnete.

Der ÖVP-Gesundheitssprecher erinnerte in diesem Zusammenhang an die Krankenscheingebühr von 50 Schilling, die von SPÖ-Minister Hums eingeführt wurde und an den Selbstbehalt für Spitalsaufenthalte, für den SPÖ-Minister Löschnak verantwortlich zeichnete. Weiters gebe es die Rezeptgebühr sowie Selbstbehalte im Zahnbehandlungs- und Heilmittelbereich. "Schon jetzt zahlen die Versicherten je nach Krankenkassa unterschiedliche Selbstbehalte. Der SPÖ dürfte nicht aufgefallen sein, dass zum Beispiel Eisenbahner andere Selbstbehalte als Patienten der Gebietskrankenkasse haben. Der SPÖ ist es auch kein Dorn im Auge gewesen, dass schon bisher Beamte, Gewerbetreibende und Bauern Spitalsgebühren bezahlten."

Ziel der Regierung sei es, die Spitäler und Ambulanzen längerfristig zu entlasten, indem das Angebot im niedergelassenen Bereich ausgebaut wird. "Österreich ist Weltmeister im Spitalliegen. Diesen Titel wollen wir aber nicht unbedingt behalten. Deshalb wollen wir die weißen Flecken bei der Versorgung außerhalb der Spitäler schließen", schloss Rasinger.
(Schluss)

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0176 2001-03-28/12:32

281232 Mär 01

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010328_OTS0176